

Fin 1 Kampf gegen Geldwäsche und Steuerbetrug konsequent umsetzen!

Antragsteller*in: Lasse Petersdotter (KV Kiel)

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Kampf gegen Geldwäsche und Steuerbetrug konsequent umsetzen!

2 Wir Grünen in Schleswig-Holstein begrüßen die Schritte, die unsere
3 Finanzministerin Monika Heinold mit dem Aufbau einer eigenen Einheit für
4 Geldwäscheprävention in Schleswig-Holstein auf Landesebene eingeleitet hat. Für
5 eine konsequente Verfolgung von Geldwäsche ist allerdings eine viele bessere
6 Zusammenarbeit der Behörden auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich.
7 Die nationale Zentralstelle zur Geldwäschebekämpfung muss endlich arbeitsfähig
8 werden. Auf europäischer Ebene hat die EU-Kommission einen Vorschlag für eine
9 zentrale europäische Aufsicht über die Geldwäschebekämpfung im Finanz- sowie im
10 Nichtfinanzsektor vorgelegt, den wir Grüne unterstützen.

11 Der Wirecard-Skandal legt zudem die Interessenskonflikte von
12 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften deutlich offen. Daher muss die Schaffung einer
13 staatlichen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft werden, ob zu schaffen ist.
14 Definitiv kann es nicht weiterhin so sein, dass diejenigen, die die
15 Wirtschaftsprüfung durchführen, gleichzeitig Geld damit verdienen, dass sie
16 dieselben Unternehmen beraten. Diese Interessenskonflikte sind gesetzlich zu
17 unterbinden. Abseits davon müssen Prüfungsstandards international harmonisiert
18 werden. Prüfungsgesellschaften und Prüfer*innen müssen regelmäßig wechseln,
19 damit Fehler erkannt und offengelegt werden können. Wir wollen uns auf
20 Bundesebene in jedem Fall für eine Reform der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
21 einsetzen. Auch ist es enorm fragwürdig, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
22 von der Bundesregierung als Beratungsunternehmen herangezogen werden, während
23 sie gleichzeitig beispielsweise große Energiekonzerne beraten. Wir erwarten von
24 der Bundesregierung eine höhere Sensibilität für derlei
25 Abhängigkeitsverhältnisse bei der Auswahl der eigenen Beratung.

26 Um Cum-Ex-Geschäfte zukünftig rechtssicher zu unterbinden, braucht es eine
27 Gesetzesänderung auf europäischer Ebene, um den Missbrauch von
28 Steuerrückforderungen im Zusammenhang mit Dividendenausschüttungen endlich zu
29 verhindern. Hierzu hat die europäische Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA in ihrem
30 Bericht vom 24.09.2020 Vorschläge gemacht, die zügig umgesetzt werden müssen.

31 Besonders empörend ist, dass die aufgedeckten und vor Gericht gebrachten Fälle
32 von Steuerbetrug im Zusammenhang mit Cum-Ex und Cum-Cum jetzt zu verjähren
33 drohen und der Schaden für die Steuerbehörden ihre damit verbundenen Ausfälle
34 nicht mehr zurückerhalten. Wir fordern daher eine rechtssichere Lösung, um auch
35 nach eingetretener Verjährung eine Möglichkeit zu schaffen, die illegal durch
36 Cum-Ex- und Cum-cum-Geschäfte erlangten Vermögenswerte zurückzufordern. Hier
37 muss die Bundesregierung schnell handeln, anstatt mit den Betrüger*innen zu
38 kuscheln!

39 Schließlich benötigen wir auf nationaler Ebene ein funktionierendes
40 Unternehmensstrafrecht. Für einen fairen Wettbewerb sollen rechtstreue
41 Unternehmen unterstützt, „schwarze Schafe“ dagegen sanktioniert werden, die sich
42 auf Kosten der Konkurrenz und der Allgemeinheit illegal Vorteile verschaffen.

43 Dafür benötigen wir eine gesetzliche Regelung, die eine bessere Verfolgung und
44 Sanktionierung von Straftaten ermöglicht, die aus Unternehmen heraus begangen
45 werden.

Begründung

Panama Papers, Swiss Leaks, Paradise Papers, zuletzt im September FinCEN-Files: immer wieder enthüllen investigative Journalist*innen Skandale im großen Stil und unter Beteiligung des Finanzsektors, wie Steuerbetrug im Zusammenhang mit Cum-Ex Dividendengeschäften, Offshore-Finanzplätzen oder Geldwäsche von Mafiaorganisationen mit Unterstützung internationaler Großbanken. Dabei sind auch immer wieder deutsche Finanzinstitute beteiligt.

Zuletzt hat sich im Zusammenhang mit den FinCEN Files gezeigt, dass einerseits die Banken ihre Verantwortung bei der Geldwäschebekämpfung nicht ernst nehmen, weil sie ihren Meldeverpflichtungen nicht rechtzeitig nachkommen, andererseits zeigt sich, dass die internationale Zusammenarbeit der nationalen Behörden bei der Geldwäschebekämpfung nicht oder nur mangelhaft funktioniert.

Auch fällt insbesondere Bundesfinanzminister Scholz extrem negativ durch sein Vorgehen auf. Das Land Hamburg ließ nach mehreren Treffen von Scholz mit einem CumEx-Banker Steuerrückforderungen in dreistelliger Millionenhöhe, die auf Basis des CumEx-Betrugs entstanden waren, trotz Vorwarnung verjähren. Zwischen Bundesregierung und gewissen Teilen der Finanzwirtschaft scheint es eine Art Gentlemen's' Agreement zu geben, wegzuschauen solange es irgendwie wirtschaftlich läuft, und dies scheint sich sogar auf die Zeit nach der Offenlegung von Steuerbetrug zu erstrecken.

Deutschland ist zudem offensichtlich Hochburg der fragwürdigen Finanzprodukte. Bei uns schaffen es anscheinend sogar Betrüger unter die DAX30. Der Fall Wirecard sollte bei allen Verantwortlichen für blankes Entsetzen sorgen. Der Skandal muss transparent aufgearbeitet werden und es müssen legislative und juristische Konsequenzen folgen. Auch muss die Bundesregierung sich hier erneut fragen, was für eine Rolle sie eigentlich derzeit in Fragen der Finanzwirtschaft spielt.

Unterstützer*innen

Karl-Martin Hentschel (KV Plön); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Jasper Balke (KV Lübeck); Susan de Vrée (KV Segeberg); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Stephan Wiese (KV Lübeck); Steffen Regis (KV Kiel); Gerd Weichert; Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Malte-Jannik Krüger (KV Steinburg); Bastian Wollenschein (KV Pinneberg); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Luca Köpping (KV Kiel); Bruno Hönel (KV Lübeck); Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg); Lars Bergmann (KV Rendsburg-Eckernförde); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Bianka Ewald (KV Pinneberg); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde); Nadine Mai (KV Pinneberg); Dave Kolboom (KV Steinburg); Kristian Warnholz (KV Pinneberg); Burak Kocaaslan (KV Kiel); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Franziska Eggers (KV Herzogtum Lauenburg); Gazi Freitag (KV Kiel); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Nele Johannsen (KV Ostholstein); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Achim Jansen (KV Segeberg) (KV Segeberg); Regine Planer-Regis (KV Herzogtum Lauenburg); Arne Langniß; Kornelia Mrowitzky (KV Herzogtum Lauenburg); Luca Brunsch; Nelly Waldeck (KV Kiel); Philipp Diepmans (KV Flensburg); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Jakob Blasel (KV Rendsburg-Eckernförde); Mayra Vriesema (sie); Judith Bach (KV Lübeck); Lennart Stahl (KV Segeberg); Jakob Brunken (KV Ostholstein); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Mandy Siegenbrink (KV Lübeck); Peter Schüler; Jens Herrndorff

(KV Pinneberg); Michael Böckenhauer (KV Ostholstein); Ruth Kastner (KV Stormarn); Ulrike Müller-Kopsch (KV Stormarn); Manfred Sallach (KV Steinburg); Jan Karthäuser (KV Ostholstein); Daniel Stephen Kolmorgen (KV Kiel); Ulrike Täck; Axel Flasbarth (KV Lübeck); Katja Kuncke (KV Lübeck); Mathias Schmitz (KV Pinneberg)